

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Freitag

19. November 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstages 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Völkerbundsauufsicht von Fall zu Fall.

Keine rasche Erledigung der Kontrollfrage.

Paris, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) In einer halbamtlichen Auslassung legt die französische Regierung ihren Standpunkt in der Kontrollfrage dar. Die einzige Frage, die sich aufwerfe, sei gegenwärtig die, ob Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen nachgekommen sei. In diesem Punkte seien London ebenso wie Paris der Ansicht, daß zwar Stresemann in den letzten Wochen den besten Willen an den Tag gelegt habe, daß aber nach den den Regierungen vorliegenden Dokumenten der Kontrollkommission noch gewisse „Verfehlungen“ fortbeständen, so daß eine rasche Regelung nicht erwartet werden könne.

Paris, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) In einer halbamtlichen Auslassung legt die französische Regierung ihren Standpunkt in der Kontrollfrage dar. Die einzige Frage, die sich aufwerfe, sei gegenwärtig die, ob Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen nachgekommen sei. In diesem Punkte seien London ebenso wie Paris der Ansicht, daß zwar Stresemann in den letzten Wochen den besten Willen an den Tag gelegt habe, daß aber nach den den Regierungen vorliegenden Dokumenten der Kontrollkommission noch gewisse „Verfehlungen“ fortbeständen, so daß eine rasche Regelung nicht erwartet werden könne.

Genf und der Wiederaufbau.

Die vorbereitende Wirtschaftskonferenz.

Von J. Dudgeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Periode wirtschaftlicher Flaute, die nun seit nahezu vier Jahren anhält, wird immer noch vielfach als „Krisis“ bezeichnet. Eine Krisis im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist dann zu verzeichnen, wenn ein kritischer Punkt erreicht ist und eine Wendung resp. Veränderung eintritt. Wirtschaftskrisen treten zum Beispiel auf dem Geldmarkt ein: eine große Bank macht bankrott, mehrere von ihr abhängige Kreditinstitutionen können ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, die Industrie gerät in Zahlungsschwierigkeiten, der Betrieb wird eingeschränkt und es tritt Arbeitslosigkeit und allgemeine Flaute ein. Solche Krisen machten sich bisher regelmäßig bemerkbar und gingen nach ein paar Jahren auch wieder vorüber.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts trat infolge einer Veränderung ein, als diese Krisen infolge der Entwicklung des internationalen Verkehrs keinen nationalen Charakter mehr hatten, sondern zu einer internationalen Angelegenheit wurden. Das eine Land wurde wirtschaftlich vom anderen abhängig. Die Krisen griffen tiefer ins allgemeine Wirtschaftsleben ein, obwohl auch unter den veränderten Verhältnissen nach einer gewissen Zeit eine Erholung eintrat. Man durfte deshalb annehmen, daß die Schwierigkeiten, die Ende 1921 und Anfang 1922 einsetzten, wieder einen derartigen Verlauf nehmen würden. Die Symptome waren allerdings diesmal ernsterer Natur und traten in den meisten europäischen Ländern in Erscheinung. Wie üblich hoffte man jedoch auch diesmal auf baldige Änderungen.

Wir mühten jedoch in den vergangenen fünf Jahren umlernen. Man braucht nur die Arbeitslosenziffern zu prüfen, um festzustellen, wie die Menschheit überall gebüdt geht unter der anarchischen Produktionsweise. Es wurden in den größeren Ländern wie England, Deutschland und Frankreich verzweifelte Anstrengungen gemacht, um wieder in normale Bahnen einzutreten. So ist in letzter Zeit in Frankreich eine Valutahaufe eingetreten, die sich ohne Zweifel nach der Stabilisierung des Franken rächen wird. Vor allem wurde auch auf die Abschaffung des Achtstundentages hingewirkt, um, wie man sagt, mit dem Ausland konkurrieren zu können. Denn die Unternehmer sehen nun einmal in allen Ländern ohne Unterschied niedrigere Produktionskosten als in ihrem eigenen Lande, obwohl nachgewiesenermaßen längere Arbeitszeiten ebensowenig wie Schutzölle Hilfe und Erlösung bringen können. Nationale Maßregeln haben wenig oder überhaupt nicht geholfen.

Seit langem hat sich das Prinzip des vollständigen wirtschaftlichen Gleichgewichtens und die Theorie vom sich selbst wieder herstellenden Gleichgewicht als unhaltbar erwiesen. Der Fabrikant besteht jedoch immer noch auf der Richtigkeit dieser Annahme, wenn auch nicht mehr in so hochtrabenden Behauptungen wie vor dem Kriege. Wenn die hohen Diplomaten in einer Völkerbundsversammlung in Genf an die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet appellieren und zu diesem Zwecke eine große Konferenz einberufen, so darf man die Bedeutung eines solchen Schrittes nicht überschätzen. Wenn auch der Wille bei solchen Besprechungen gut ist, so sehen die gleichen Unternehmer und Diplomaten nach der Rückkehr in ihr Land plötzlich wieder die nationalen Grenzen und denken nur an ihre eigenen Interessen. Man muß nicht meinen, daß Genf selbst uns Hilfe bringen kann, sozusagen gegen den Willen chauvinistischer Nationen.

Die vorbereitende Kommission für die internationale Wirtschaftskonferenz ist zum zweiten Male zusammengetreten, um darüber zu beraten, welche Fragen näher geprüft werden müssen. Man darf aber nicht glauben, daß diese Kommission und anschließend die Konferenz selbständig die schlechte Lage verbessern können. Dazu ist der gute Wille der beteiligten Völker nötig. Gerade aus diesem Grunde muß solchen Bestrebungen, ohne sie zu überschätzen oder zu unterschätzen, Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es zeigt sich deutlich, daß der internationale Charakter der modernen Produktionsweise internationale Regelungen nötig macht.

Wenn wir sehen, daß unsere Ansichten zum Teil oder ganz von unseren Gegnern übernommen werden, müssen wir unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen; wir dürfen uns jedoch über die Tatsache freuen, daß unsere Stimme nicht vergebens erschalle. Wir müssen unsere Mithilfe leihen, auch wenn es sich nur darum handeln kann, einen kleinen Teil unseres Ideals zu verwirklichen. Ein solcher Fortschritt ist es schon, wenn international eingegriffen wird und die Erkenntnis reift, daß sich nicht wie früher alles von selbst geben wird. Das Verdienst Genfs liegt darin, daß es die Mächte zwingt, guten Willen zu zeigen. Die ganze Atmosphäre sorgt dafür, daß man sich davor scheut, als unwillig betrachtet zu werden. Die nationale Willkür wird beschränkt, da Genf die Mächte einer scharfen Kritik bloßstellt.

Dieser moralische Zwang ist spürbar auf politischem Gebiet und auch jetzt in der vorbereitenden wirtschaftlichen Kommission. Im April machte z. B. ein einflußreicher französischer Unternehmer den Versuch, das Werk der Kom-

Die Haltung der Volkspartei.

„Germania“ gegen „Kölnische Zeitung“. — Das Arbeitszeitgesetz.

Die „Germania“, das Zentrumsblatt, schreibt: Das Gemunkel über die Große Koalition geht hin und her. Was gewisse Zeitungen darüber schreiben, hat mitunter nicht nur zu gelten als ein Bericht dessen, was ist, sondern auch als eine mehr oder minder erkennbare Andeutung dessen, was das betreffende Blatt wünscht oder nicht wünscht. Diese Bemerkung trifft im besonderen Maße auf die „Kölnische Zeitung“, zu die behauptet, die Regierungsverträge seien durch den in der vorigen Woche mit den Sozialdemokraten abgeschlossenen betannten „modus vivendi“ nicht die geringste Bindung eingegangen; alle Voraussetzungen zu Verhandlungen in Richtung auf die Große Koalition seien; die Verbreiterung der Regierung nach links werde nur vom Zentrum betrieben. Eine derartige tendenziöse Darstellung überläßt die eklatanten Beweise, die die parlamentarischen Ereignisse der letzten Woche von neuem und in verstärkter Form für die noturgemäßen Mängel einer Minderheitsregierung erbracht haben; sie verschließt einfach die Augen vor der unauflösbaren und von keinem ernsthaften Politiker geleugneten Tatsache, daß eine Fortdauer des bisherigen Zustandes leicht zu überaus unerwünschten parlamentarischen Krisen mit unabsehbaren Folgen führen kann.

Auf der anderen Seite erklärt die „Tägliche Rundschau“ folgendes:

Die Deutsche Volkspartei ist, wie jeder weiß, grundsätzlich bereit, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Sie legt aber wahrscheinlich entscheidenden Wert darauf, daß zunächst einmal die Voraussetzungen geklärt werden, unter denen ein Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten möglich ist. Diese Forderung ist im Hinblick auf die extravaganten Anträge der Sozialdemokraten zur Erwerbslosenfürsorge und auf ihre Haltung in der Frage des Arbeitszeitgesetzes durchaus begründet.

Damit ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sich der stärkste Hort des Widerstandes gegen die notwendigen Arbeiterforderungen, die von der Sozialdemokratie erhoben werden, bei der Volkspartei befindet. Die „grundständige Bereitschaft“, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, wird von der „Täglichen Rundschau“ an die Bedingung geknüpft, daß die Sozialdemokratische Partei auf ihre grundsätzlichen Forderungen verzichte. Das ließe dann auf die grundsätzliche Entschlossenheit hinaus, das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie zu vereiteln.

Neue Putschistenversammlung in Bayern.

Das Endziel der Bürgerkrieg.

In Bayern wird wieder einmal eine Putschistenbewegung aufgezogen. Sie geht unter der Firma „Anti-Reichsbanner-Liga“. Wie die „Münchener Post“ mitteilt, werden in München jeden Mittwoch „zwanglose Zusammenkünfte“ zu diesem Zweck veranstaltet, am ersten Mittwoch im Monat im „Kasino der Offiziere des Wehrdienststandes“, an den übrigen im Gasthof „Hartmannshof“ (1. Stod). Der spiritus rector ist General Kaiser. Der frühere Stadthauptmann der Einwohnerwehr, Kühner, hat an Sitzungen teilgenommen und erklärt, er billige und fördere die Tendenz dieser Neugründung. Den verschiedenen vaterländischen Organisationen wird beruhigend versichert, man wolle keinen neuen Putsch aufmachen, sondern „nur“ aus der früheren Einwohnerwehr und den übrigen rechtsgerichteten Organisationen die jüngeren

waffengeübten Leute, vor allem Offizieren, zu Sturmschwärmen zusammenschließen gegen das Reichsbanner. Auch die Hitler-Leute sollen einbezogen werden.

„An den stattgehabten Führertagungen sei man übereingekommen, das bisher Bestehende unzutrennen und anders aufzuziehen. Alles müsse sich gegen das Reichsbanner richten. Kampf gegen das Reichsbanner, das sei die Parole. Auf diese Weise werde auch in das Kleinstadtlager ein anderer Schwung gebracht. Das sei absolut notwendig, denn es müsse wieder zur Last (Gewehr! D. R.) gegriffen werden.“

Die Auseinandersetzung mit dem Reichsbanner könne nur mit der Waffe erfolgen. Wer das nicht wolle, der bleibe am besten gleich weg. Mit Halbheiten komme man nicht vorwärts.

Das Endziel sei der Bürgerkrieg, ohne den sei die große Sache nicht zu erreichen. Es müsse bis zur äußersten Konsequenz gegangen werden; das sei einfach nicht zu umgehen.“

Man wird diese neue Putschistenbewegung aufmerksam verfolgen müssen. Die Mörderorganisationen wollen wieder erstehen.

Was soll vertuscht werden?

Zur Rauheimer Feme-Affäre.

Die Untersuchung des Rauheimer Feme-Mordversuchs hat einen sehr merkwürdigen Ausgang genommen. Der des Mordversuchs verdächtige frühere Leutnant Heinz ist aus der Haft entlassen worden. Das Opfer, der Oberleutnant Wagner, stirbt in Haft auf Grund eines älteren Stochtriebs wegen Schiebererei. Gegen den Hauptbelastungszeugen Schmidt, gegen den eine systematische Hege geführt wird, will angeblich die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Raubfeld einleiten. Der Chauffeur Schwing aber — nach eigenem Geständnis Mittäter — ist kurzerhand in eine Irrenanstalt gesperrt worden.

Nun gibt es in Frankfurt, Darmstadt, Gießen und Raheim genug Leute, die Schwing kennen — siehe „Frankfurter Zeitung“ Nr. 860 — und wissen, daß er alles andere als geisteskrank ist.

In der hessischen Regierung wundert man sich nicht nur über diese Internierung Schwings, sondern noch viel mehr darüber, daß man von der Haftentlassung des Heinz erst durch den „Stahlhelm“, Redakteur Heinz selbst, erfahren hat.

Wir wissen, daß in der Rechtsprelle und in den Feme-Mördern nahestehenden Kreisen systematisch versucht wird, alle Belastungszeugen als geisteskrank hinzustellen oder sie gemeiner Verbrecher zu verdächtigen — um ihre Aussagen zu entkräften. Unter diesen Umständen nimmt sich der Ausgang der Untersuchung wie ein Erfolg der Hege der Freunde der Feme-Mörder aus.

Was soll vertuscht werden?

Sächsische Regierungsfrage.

Ergebnislose Verhandlungen der bürgerlichen Parteien mit der NSD.

Dresden, 19. November. (Zll.) Gestern nachmittag fanden zwischen den Landtagsparteien und zwar von den Antisozialisten bis zu den Deutschnationalen erneute Verhandlungen über die Regierungsbildung statt. Die Verhandlungen, die sich bis zum späten Abend hinzogen, führten jedoch zu keinem positiven Ergebnis. Die Antisozialisten gaben die Erklärung ab, daß es ihnen nicht möglich sei, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Deutschnationalen beteiligt seien. Darauf begannen die Verhandlungen über die Wahl des Ministerpräsidenten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alle diese Fragen bis zu dem am 23. November erfolgenden Zusammentritt des Landtages eine Klärung nicht erfahren werden.

mission in sehr enge Grenzen zu bannen. Seine Worte fanden wenig Beifall und das Resultat war, daß nun ein umfassendes Programm vorliegt, auf dem kein Punkt fehlt, der auch nur einigermaßen der Beachtung wert ist.

Natürlich haben auch die Kapitalisten ein gewisses Interesse an solchen Besprechungen. Hätten sie es nicht, so würden sie natürlich noch viel mehr Widerstand bieten. Sie wissen sehr gut, daß die Zeit ihrer Willkür vorbei ist. Die Schwierigkeiten, in denen sie sich befinden, machen sie nachdenklich und bringen sie dazu, andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Das Manifest der Banken, das zu einem großen Teil Ansichten wiedergibt, die der IWB seit dem Jahre 1920 vertritt, ist nicht aus Liebe für den IWB zustande gekommen, sondern auf Grund der oben vermerkten Erwägungen. Die Bankmagnaten sind seit langem nicht mehr für die uneingeschränkte Konkurrenz. Die letzten fünf Elendsjahre haben da und dort zur Einsicht geführt; die Wirklichkeit zwingt zu anderen Auffassungen. Es kann der Arbeiterklasse nur nützen, wenn sie sich an der Konferenz beteiligt und ihre Forderungen geltend macht.

Friedrich Eberts Schriften.

Das literarische Denkmal des ersten Reichspräsidenten.

In zwei starken Bänden erscheint demnächst bei Karl Reißner-Dresden eine Sammlung von Schriften, Aufzeichnungen und Reden des verstorbenen Genossen Friedrich Ebert. Neben schon bekannten Dokumenten, die der Geschichte angehören, findet sich auch mancherlei bisher Unbekanntes und Persönliches. Für heute seien einige Worte aus dem Nachlaß hervorgehoben, die an die Spitze des ersten Bandes gestellt sind, und die als Eberts Glaubensbekenntnis festgehalten zu werden verdienen:

Der Kampf ist das Leben der Arbeiterbewegung. In Kämpfen und Stürmen sind wir groß geworden. Das Resultat aller Verfolgungen und Kämpfe gegen uns war lehtes Endes immer der Triumph der Sozialdemokratie. Die kommenden Kämpfe werden zeigen, daß es Stärkeres gibt als die brutale Gewalt: die stählerne Solidarität und äußerste Entschlossenheit der deutschen Arbeiterklasse. Der Sammlung der Volksfeinde sehen wir die Sammlung des ausgebeuteten und entrechteten Volkes entgegen. Wenn Mann und Frau, wenn alt und jung in Treue und Entschlossenheit zum Sturmbanner ihrer Klasse stehen, dann wird allen Gewalten zum Trotz der Tag kommen, an dem die politische Macht in die Hände des schaffenden Volkes fällt. Dann wird der Tag, an dem wir siegreich unser Ziel begrüßen: Befreiung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, Verbrüderung aller Menschen und Zusammenwirken zur höchsten Wohlfahrt und zur höchsten Kultur. Mit uns der Sieg!

Das Werk, das zu den wichtigsten Beiträgen der neueren deutschen Geschichte gehört, ist mit einer von Paul Kammermeyer verfaßten Biographie eingeleitet und reich ausgestattet und illustriert. Wir kommen darauf noch zurück.

Volksparteiliche Zeitungsgründer.

Ein volksparteilicher Wahlkreisvorsitzender wird vor Gericht des Betruges überführt.

In der weisfällischen Stadt Lüdenscheid lebt als Führer der Deutschen Volkspartei der Fabrikant Otto Hembek. Dieser volksparteiliche Größe, der auch Vorsitzender der Partei im Kreise Westfalen-Süd und Mitglied des Zentralvorstandes ist, passierte lehthin ein übles Malheur. Ihm wurde von einem Rechtsanwalt Dr. Lüsebrink aus Hagen der Vorwurf des Betruges gemacht. Daraufhin wurde er von einem Club, nicht von der Volkspartei, veranlaßt, sich rein zu waschen und jenen Rechtsanwalt wegen Beleidigung zu verklagen. Das Schöffengericht in Hagen hat in zehnstündiger Verhandlung eine umfangreiche Beweisaufnahme vorgenommen und dann schließlich den beklagten Rechtsanwalt Lüsebrink freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es:

Richter-Nachwuchs.

Als Schöffe beim Jugendgericht lernte ich „ihn“ kennen. „Er“ ist ein junger Assessor, sehr sorgfältig und staubfrei angezogen. Schon auf weite Entfernungen erkennt man, wie gut seine Kinderstube war. Ein Trauring an der Rechten beweist, daß alles in seinem Leben wohl geordnet ist.

„Er“ wohnt den Sitzungen des Jugendgerichtes informationsweise als zukünftiger Richter bei. Wirklich, hier kann „er“ sehr viel lernen. Der Amtsgerichtsrat ist ein Muster von Jugendrichter, väterlich redet er den Jugendlichen zu, selbst in schwerer liegenden Diebstahls- u. v. m. -Fällen bemüht sich dieser menschenfreundliche Richter, das soziale Milieu des jugendlichen Angeklagten bei der Beurteilung des Falles und der Festsetzung des Strafmaßes mitzupreisen zu lassen. Die anerkennenswerten milden Anträge des Staatsanwalts (es soll nicht immer so sein!) sind im Beratungszimmer der Gegenstand eingehender Erörterungen und hier zeigt sich erst, was alles unser junger Assessor und zukünftiger Richter lernen konnte.

Nichts zu lernen kann dieser korrekte junge Mann auf formaljuristischem Gebiet. Hier beherrscht er alle einschlägigen Bestimmungen. Um seine, erfreulicherweise noch unmaßgebliche Meinung befragt, weiß er sofort mit den strengen Bestimmungen des Strafgesetzbuches aufzuwarten. Sein unumstößlicher Grundsatz ist: „Strafe muß abschrecken!“

Der Amtsgerichtsrat, welcher ihn mit „Herr Kollege“ anredet, verurteilt dann, ihm von der sozialen Not so manches Jugendlichen einen Begriff zu geben, wobei er sogar in einen Ton verfällt, der nicht mehr väterlich ist, aber dem Munde dieses grundsätzlichen Menschen entweicht nach erregten Ausführungen nur ein hartnäckiges „ich würde nicht so urteilen!“

Auch wir Schöffen reden auf ihn ein, aber unsere Argumente prallen an dem Panzer der Abschredungstheorie spurlos ab. Soziale Probleme, materielle Not kennt dieser Jurist nicht, auf seinem Gesicht spielt sich die Ueberzeugung von der Gottgewolltheit dieser Gesellschaftsordnung wider. Bei den nächsten Beratungen großt unser Assessor und ... Schweigt! ...

Schließlich haben wir unsere Aufgabe als Schöffen erfüllt, es stehen nur noch einige Fälle von Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren zur Verhandlung, welche auf Grund der famosen Erinnerungssachen „Justiz-Reform“ vom „Einzelrichter“ abgeurteilt werden. Als Zuhörer wohne ich der Verhandlung bei. Es steht ein leichtes Gesicht zur Aburteilung. Der Staatsanwalt beantragt eine höhere Geldstrafe, wonach sich der Einzelrichter mit seinem „Verhör“ zur Beratung zurückzieht. Lange, lange dauert die Beratung, ich höre wieder „seine“ mir bekannte Stimme aus dem Beratungszimmer heraus zu uns klingen, welche nun nicht mehr auf einfache Vertreter des Volkes, sondern auf den „Herrn Kollegen“ einredet. Schließlich nimmt auch diese Beratung ein Ende und mit

Hembek stand in der Deutschen Volkspartei an führender Stelle. Als Politiker erkannte er den großen Wert der Presse. Er interessierte maßgebende Persönlichkeiten für den Ankauf des „Lüdenscheider Generalanzeigers“. Der Sinn der Deutschen Volkspartei sollte nach außen hin nicht in die Erscheinung treten, die Zeitung sollte lediglich auf breitere nationale Grundlage gestellt werden. Hembek gewann auch 19 Personen bzw. Firmen, die bestimmte Beträge zum Ankauf der Zeitung zahlten. Für die gezeichneten Beträge wurden Anteilscheine über eine bestimmte Summe ausgefertigt. In einer späteren Versammlung legte Hembek eine Goldmarkbilanz des Generalanzeigers vor und beantragte, ihm für seine Tätigkeit ein Gehalt von 600 Reichsmark rückwirkend bewilligen zu wollen. Die Versammlung bewilligte ihm ein monatliches Honorar von 500 M. und 6000 M. Nachzahlung. Später kaufte Hembek auch die „Lüdenscheider Zeitung“ für 25 000 Reichsmark. Der Verkäufer sagte dem Betrag auf vier Jahre, verlangte aber nachträglich eine Bürgschaft auf den Generalanzeiger, die auf Veranlassung Hembeks auch gegeben wurde. Hembek ließ sich dann im Jahre 1924 aus der Kasse des Generalanzeigers 53 331 M. auszahlen. Hembek berief dann eine neue Versammlung ein, in der er die finanzielle Lage des Generalanzeigers als gut bezeichnete. Die Bilanz wies einen Gewinn von 54 000 M. aus. Er teilte dann mit, daß er die „Lüdenscheider Zeitung“ für 53 000 M. gekauft habe.

Am folgenden Tage erfuhr ein Gesellschafter zufällig, daß Hembek die Lüdenscheider Zeitung für 25 000 Mark gekauft habe, dieser Betrag auf vier Jahre gestundet sei und der Generalanzeiger die Bürgschaft übernommen habe. In einer am folgenden Tage nochmals einberufenen Versammlung war man natürlich sehr empört über das Verhalten Hembeks. In zivilrechtlicher Hinsicht hätte man sich schließlich mit Hembek geeinigt. Obwohl Hembek den größeren Teil des entnommenen Betrages für Zwecke der Deutschen Volkspartei verwandt hatte, hat er sich wohl denken können, daß die Gesellschafter seine Handlungsweise nicht billigen würden. Aus diesem Grunde hatte er den Gesellschaftern den wahren Sachverhalt verschwiegen und damit getuschelt. Einem Anteilhaber hatte Hembek falsche Angaben über die finanzielle Lage des Generalanzeigers gemacht und ihn veranlaßt, ihm einen Anteil für 2000 M. abzutreten. Die Sache fiderte allmählich durch und wurde, obwohl sich die Beteiligten bemühten, größtes Stillschweigen zu wahren, zu einem öffentlichen Skandal. Als gelegentlich am Stammtisch der Gesellschaft „Concordia“ über die Angelegenheit gesprochen wurde, verurteilte Dr. Lüsebrink die Handlungsweise des Hembek mit scharfen Worten und bezeichnete sie als glatten Betrug. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß Dr. Lüsebrink den Wahrheitsbeweis in jeder Weise einwandfrei geführt habe. Eine Beleidigung des Nebenklägers Hembek sei in der gefallenen Äußerung nicht zu erblicken. Im gewöhnlichen Leben pflege man eine solche Handlungsweise als Betrug zu bezeichnen. Eine Bestrafung des Dr. Lüsebrink konnte deshalb nicht erfolgen.

Der Vorsitzende des Wahlkreisvereins der Deutschen Volkspartei und Mitglied des Zentralvorstandes ist danach vom Gericht als des Betruges schuldig befunden worden. Trotzdem hat der Wahlkreisvorstand eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er sagt, daß er die gegen seinen Vorsitzenden erhobenen „Angriffe und Vorwürfe“ für nicht begründet und nicht berechtigt halte. Mit anderen Worten, der so vom Gericht gekennzeichnete volksparteiliche Führer soll auch weiterhin in dieser Führerstellung verbleiben!

Die volksparteiliche Presse in ganz Deutschland hat sich nach Kräften an der Hehe gegen bekannte Sozialdemokraten beteiligt, deren Namen durch deutschnationale Südelkuchen in Zusammenhang gebracht wurden mit irgendwelchen wirklichen oder vermeintlichen Korruptionsercheinungen. Weder in deutschnationalen noch in volksparteilichen Blättern finden wir aber über den Fall Hembek bisher irgendeine Mitteilung. Gibt der moralische Maßstab, den die Sittlichkeitshüter an die Sozialdemokratie legen, nicht auch und in erster Linie für Anhänger der Fabrikantenpartei?

anscheinend schwer versagender Geduld verkündet der Richter ein mildes Urteil.

In mir aber sagt eine Stimme, „er“ ist nicht daran schuld. ... Wehe den armen Proletariaten, welche sich vor diesem Richter später verantworten müssen. Wer spricht in solchen, doch nicht vereinzelt liegenden Fällen gegen die Heranziehung von Valenrichtern in Strafsachen?

„Der größte Angsthase des Jahrhunderts.“

Die italienische Polizei ist in der letzten Zeit fieberhaft hinter einer zu Tausenden in Italien heimlich zirkulierenden Karte her, die einen gleichlautenden französischen und italienischen Text trägt und wahrscheinlich über die französische Grenze ins Land hereingeschmuggelt worden ist. Diese leidenschaftliche Jagd der Polizei nach einem Stück Papier erhellt, wie sehr der Duce eine Herabsetzung seiner Persönlichkeit durch das Väterliche fürchtet. Der Text besagt nämlich folgendes:

„Im Jahre 1858 wirft Dr. Jini eine Bombe gegen Napoleon III.: 156 Tote.“

Napoleon III. kämpft 1859 mit 100 000 Franzosen bei Solferino für die Einigung Italiens.

Humbert I. fällt, nachdem er den Attentätern Passanantes und Acciarittos entronnen ist, unter dem Revolver Brescia.

Sein Sohn, Victor Emanuel III., fordert trotz der Ermordung des Vaters und trotz des Attentates Albas keinen außer-gewöhnlichen Schutz.

Aber Mussolini verlangt nach dem künstlichen Attentat Zanibonis, der Tat der Gibson und der Bombe Lucetis (oder Velchverlechte) von der italienischen Gesetzgebung die Todesstrafe und will den Krieg an Frankreich erklären.

Für eine Stunde Dauer nach dem Streifschuss der Gibson ohnmächtig, nach der Bombe Lucetis fürchterlich erregt, hat sich Mussolini von jetzt an das Zeugnis des größten Angsthasen des Jahrhunderts ausgestellt.

Nach all diesen Fehlschlägen seiner persönlichen Standhaftigkeit aber hat derselbe Mussolini die Stirn, in seiner letzten Rede in Perugia, von Polizisten und Schwarzhenden gerabezu ummanert, mit theatralischer Geistes zu erklären: „Ich liebe die Gefahr und gehe ihr entgegen!“

Herbert Culenberg, der dritte Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler. Der sinnfrohe, in mannigfaltigen Verkündungen sich gefallende Rheinländer gab zahlreiche Proben seines vielseitigen Könnens. Der Roman: „Das Zerplagen des Herrn Molosoff“, woraus Culenberg ein Kapitel las, drückt schon im Titel aus, daß es sich um eine Verpöpfung des Helden handelt. Wie der Instationsgewinnler Molosoff, ein ehemaliger Kohlenkipper, das Dahinschwinden seines spielend erworbenen Reichtums erlebt, wie er in einem lehten Aufstade von Orphenwohnen den Berichwerdener wertlos gewordenen Milliardenheine spielt, das ist höchst amüsant geschildert. Zahlreich sind auch die lustigen Einfälle des Romans, u. a. der, daß der Gerichtsvollzieher als einziges

Reichstag und Reichskredite.

Der Reichstag als Genehmigungsinstanz für Kredit- und Stützungsmaßnahmen.

Unmittelbar vor der Vertagung des Reichstages im Sommer wurde einem Unterausschuß des Reichshaushaltsausschusses die Aufgabe zugewiesen, den ganzen Komplex der Fragen vorzubereiten, der in Verbindung mit den Kredit- und Stützungsmaßnahmen des Reiches steht. Dieser Unterausschuß hat am Donnerstag seine Beratungen ausgenommen.

Der Beratung lagen drei Anträge zugrunde, die von den sozialdemokratischen Mitgliedern eingebracht waren. Im ersten wird gefordert, daß in Abänderung der bisherigen Uebung der Reichshaushaltsausschuß als Genehmigungsinstanz für solche Maßnahmen ausgeschaltet und an seine Stelle das Plenum des Reichstages gesetzt werden soll. Es werden weiter Richtlinien aufgestellt, die bei der Gewährung von Krediten oder der Uebernahme von Garantien maßgebend zu sein haben. So wird u. a. auch verlangt, daß das Reich nach der Befundung des unterstützten Unternehmens am Gewinn dieses Unternehmens beteiligt wird. Da bei Annahme dieses Antrages der Aktienbesitz des Reiches sich voraussichtlich stark vermehren wird, wird im zweiten Antrag gefordert, daß jede Veräußerung und Verpfändung von Aktienbesitz des Reiches der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstages bedarf, soweit nicht aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen eine Abweichung hiervon geboten ist. Im dritten Antrag wird die Forderung aufgestellt, daß das Reichsfinanzministerium dem Haushaltsausschuß fortlaufend genaue Nachweisungen mit allen Einzelheiten über die vom Finanzministerium oder anderen Reichsstellen der Wirtschaft gewährten Kredite und übernommenen Bürgschaften zugehen soll.

Die Verhandlung am Donnerstag besahe sich nur mit dem ersten Antrag und gelangte nicht über die Erörterung der Frage hinaus, ob grundsätzlich alle Kredit- und Stützungsmaßnahmen des Reiches durch das Plenum des Reichstages bewilligt werden sollen. Vom Vorsitzenden, Genossen Heimann, wurde eine Auskunft der Regierung erbeten, wie sie diese Frage im Staatsgesetz 1927 ihrerseits zu regeln beabsichtige und ob sie nach der Regelung im Nachtragsgesetz für 1926 den Haushaltsausschuß als Genehmigungsinstanz ausschalten oder nach der früheren Uebung ihn auch für 1927 beibehalten wolle. Da die Regierung erklärte, daß sie bezüglich des Staatsgesetzes für 1927 noch keine Entscheidung getroffen habe, sondern zunächst die Verhandlungsergebnisse des Ausschusses abwarten wolle, wurde unsere grundsätzliche Forderung nach Öffentlichkeit der Genehmigungsverhandlungen noch einmal von den Genossen Dr. Hülserding und Heimann begründet. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftskreise doch alles, was sie zu wissen wünschen, erfahren und überdies jede Partei geschäftsordnungsmäßige Mittel habe, Beschlüsse des Haushaltsausschusses, mit denen sie nicht einverstanden sei, in irgendeiner Form vor das Plenum des Reichstages zu bringen. Gewiß könnten Fälle vorkommen, in denen eine öffentliche Verhandlung unerwünscht wäre. In solchen Fällen aber würde, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, von jeder Fraktion die notwendige Discretion gewahrt werden. Demgegenüber wurde von Vertretern des Wirtschaftsministeriums und von Mitgliedern des Ausschusses ausgeführt, daß insbesondere für Kreditmaßnahmen für Lieferungen an das Ausland die bisherige Uebung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden dürfe.

Es wurde folgender Antrag Hergt: „Die Regierung zu ersuchen, in Fällen der Verwendung von bewilligten Ausgabefonds zu Garantien sich streng im Rahmen der Zielsummen zu halten, und zwar in der Weise, daß der Gesamtbetrag der übernommenen Bürgschaftshaltung zugrunde gelegt wird“, einstimmig angenommen und sodann die weitere Beratung der sozialdemokratischen Anträge auf Freitag vertagt.

Der spanische Anarchist Domingo Masacho Torrente, der einen Anschlag auf Primo de Rivera verübt hatte, ist zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Der neue Präsident von Brasilien, Washington Luiz, hat die Amisgeschäfte übernommen.

Möbelstück im Brunsalon des verlassenen Krösus den Thronstuhl irgendeines früheren Papstes zurückgelassen, wahrscheinlich, weil er den verlassenen Selbdenbezug für zu dürftig hielt. Dem Geist des Rokoko huldigte der Dichter in seinem Rokoko gemalmten Schattensbild. In einem tiefempfundnen Sonett feierte er einen gefallenen Freund. Die Sertine „An die Musik“ besingt die Zukunft als das tröstende Symbol des Lebens, das im Moment des Entstehens schon dem Tod verfallen ist. Zwischen Scherz und Ernst flattert die Kufe dieses Spätlings aus dem achtzehnten Jahrhundert, einen Spotz zeigend, der nicht verwandelt, einen Ernst, der nichts Aufwühlendes hat. Immer liebenswürdig, klar und lebensfro, dabei demokratisch und allem Rudertum feindselig gesinnt. So entwickelt sich Culenbergs Bild, wozu das Scherzspiel: „Die Polizei“, nach eine übermühtige Not hinzufügte. Die geistvolle Behaglichkeit, die aus dem Dichters rundern Anisik leuchtete, war es, die diesem Abend ihr Gepräge gab.

„Die große Politik“. Die große Aktienpublikation des Kurwärtigen Amtes, die die deutsche auswärtige Politik von 1870 bis 1914 umfaßt, ist fertig geworden. Die letzten Bände, die das Dokumentenmaterial von 1912 bis 1914 umfassen, werden in den nächsten Tagen ausgegeben. Sie enthalten also das Aktienmaterial über die Periode, die unmittelbar zum Ausbruch des Weltkrieges führte. Das ganze Werk umfaßt 54 Bände. Der Beschluß, die Aktien des Auswärtigen Amtes herauszugeben, wurde im Sommer 1919 von der Regierung gefaßt, um gegenüber der Versäufelung von der Weisheit Deutschlands am Weltkriege durch die Offenlegung der Aktien eine Grundlage für eine wissenschaftliche Erforschung der Kriegsurachen zu schaffen.

Gratulationsfest für Blinde. Ein Mitglied des englischen Unterhauses, Kapitän Frazer, hat einen Gelegenheitsvortrag vorgelegt, wonach Blinde künftig von der Lizenzgebühr für die Teilnahme am Rundfunk befreit sein sollen. Kapitän Frazer ist selbst blind und erklärte in der Begründung, daß der Rundfunk allein ihm das Leben wieder erträglich gemacht habe. Ruhnicker des Gesetzes, das voraussichtlich ohne Schwierigkeiten verabschiedet werden wird, dürften in England etwa 25 000 bis 30 000 Menschen sein, darunter 15 000 frühere Soldaten.

Prof. Arthur Kayserling, der verdienstvolle Führer auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung, ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

Korches Nachfolger an der Akademie. Die Akademie der Wissenschaften wählte in ihrer philosophisch-historischen Klasse den Nachfolger Gustav Korches für den Posten eines der vier Sekretäre der Akademie, denen im Wechsel die Leitung der Vorträge obliegt. Die Wahl fiel auf den Geheimen Justizrat Prof. Dr. Ernst Heymann, Ordinarius für deutsches Recht, Handelsrecht und bürgerliches Recht an der Berliner Universität.

Actus Schnabel wird an sieben aufeinanderfolgenden Sonntag-Vorstellungen im Theater am Bülowplatz sämtliche Abierkonaten Meibohrens zum Vortrag bringen. Für diese Vorweiser der Volkshöhne gelangen auch für Nichtmitglieder eine größere Anzahl von Abonnements im freien Kassenverkauf zur Ausgabe. Die erste Veranstaltung findet am 9. Januar, mittags 1/2, 12 Uhr statt.

Sturmabend. Am 21. abends 8 1/2 Uhr leht in der Kunstausstellung „Der Sturm“ Kurt Schwitters neue Grotesken, Kasui Hausmann und Irma Blach tanzen.

Die verlängerte Polizeistunde.

Der Gastwirt und die „lange Nacht“. — Es lohnt nicht!

Wie bekommt dem kleinen Gastwirt die Polizeistunde? Diese Frage ist äußerst aktuell, nachdem sich zur Ueberrasschung sehr vieler Interessenten ergeben hat, daß nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Gastwirte und Cafetiers die Verlängerung der Polizeistunde praktisch verwirklicht. Unablässig hatten die Großrestaurateure, die Hoteliers und Cafetiers in Eingaben an Ministerien und Polizeipräsidium, in Veröffentlichungen in der ihnen nahestehenden Presse die Verlängerung der Polizeistunde gefordert und den 1-Uhr-Schluß als „unerträgliche Drosselung“ des Gastwirtsberufes bezeichnet. Als Minister Seegering, der sich dem systematischen Ansturm der Polizeistundenverlängerer stets erfolgreich widersetzt hatte, gegangen war, setzte sein Nachfolger, Minister Grzesinski, die Polizeistunde auf 3 Uhr fest. Das Warum hat der neue preussische Innenminister kürzlich im „Vorwärts“ begründet. Es ist sozusagen eine Probe aufs Exempel. Rund drei Wochen sind jetzt vergangen, seit die erste „lange Nacht“ zu einem Festtag und zu einer schweren Enttäuschung für die hochgepannten Erwartungen der Großrestaurateure wurde. Nur gewisse Luxusbetriebe in den westlichen Stadtteilen, Großcafés, Wein- und Kabarettlokale am Kurfürstendamm, evtl. noch Sammelfestlokalen des mittleren Bürgertums im Zentrum, ist die Verlängerung, die in diesen Lokalen nicht von Fall zu Fall, sondern durchgehend ausgenutzt wird, zum Geschäft geworden, allerdings nicht ohne beträchtliches Risiko. Auch gewisse große Bierlokale in den Vororten und Arbeiterbezirken mögen am Wochenende, das heißt am Sonnabend und Sonntag, einigermaßen auf ihre Kosten kommen. Für die übrigen Wochentage bestehen keine geschäftlichen Chancen, auch wenn die Lokale aus Prestige Gründen zum Teil bis 3 Uhr offen halten.

Wie aber ist es mit den kleinen Schankwirtschaften im Norden, Osten und Süden der Stadt? Die kleinen Anseiner, in denen der Wirt ohne Personal selbst an die Gäste auschenkt und die vor allem die arbeitende Bevölkerung zur Kundtschaft haben? Einige Stichproben, die wir in Neukölln machten, scheinen uns zu beweisen, daß die Mehrzahl der kleinen Gastwirte an der verlängerten Polizeistunde gar kein Interesse hat. So wies ein partei-

genössischer Gastwirt auf die Frage, wie ihm die neue Polizeistunde materiell bekomme, mit vielstündigem Wägheln eine auf dem Tisch liegende Nummer der Gastwirtszeitung hin, in der der „Sturm gegen die verlängerte Polizeistunde“ ausführlich behandelt wurde. In dem Blatt war ein Fragebogen an den Wirt abgedruckt, in dem er sehr detailliert über seine geschäftlichen Erfahrungen mit der verlängerten Polizeistunde befragt wurde. „Das ist sehr schnell beantwortet“, sagte unser Genosse. „Meine geschäftlichen Erfahrungen mit der verlängerten Polizeistunde sind tröstlos. Nicht einmal am Sonnabend und Sonntag lohnt es sich, zwei Stunden mehr Licht zu verbrennen. Ich habe Stammtischgesellschaft, die schon seit Jahren bei mir verkehrt. Kommt einer von diesen Gästen um 1 1/2 Uhr vor verschlossene Kellertüren, so ist er naturgemäß verärgert und läuft vielleicht für immer zur Konkurrenz, die länger offen hat, auch nicht aus Verdienstgründen. Laß' ich den ungeduldiig klopfenden eintreten, so trinkt er vielleicht eins, zwei Glas Bier, bleibt eine halbe Stunde sitzen und geht wieder. Resultat: Licht verbraucht, eine halbe Stunde Nachtruhe geopfert und wenige Pfennige Verdienst am Bier. Dann kommt zu mir alle vierzehn Tage ein Verein. Immer haben die Leute gewünscht, daß doch endlich der 1-Uhr-Schluß aufgehoben werden möge. Vorigen Sonnabend nun waren sie wieder da. Nur die Hälfte war gekommen, die wenigen, die anwesend waren, langweilten sich. Um 2 Uhr war schon alles verschwunden. Manchmal kommen ein paar Gäste, die Stat spielen wollen, das geht dann bis gegen 3 Uhr. Verkehrt wird recht wenig. Aber ich muß dann aufbleiben.“ So ungefähr sind die Beobachtungen eines kleinen Wirts, die durch Feststellungen in anderen Stadtteilen bestätigt wurden. Ruhen haben wieder nur einmal die Großen. Und in der Angst und der Sorge um ein paar Pfennige Verdienst und um die Konkurrenz müssen auch die Kleinen bis um 3 Uhr aufhalten und sich ihre Gesundheit ruinieren für ein paar Nachtschwärmer. Segen bringt die verlängerte Polizeistunde für diese Kreise des Gastwirtsberufes so wenig wie für jene, die als Angestellte gezwungen werden, die Nacht zum Tage zu machen.

Heimarbeit und Arbeitslosigkeit.

Ein Meer von Elend im Verborgenen.

Mit der Arbeitslosigkeit hat auch das Heimarbeiterelend wieder einen erschreckend großen Umfang angenommen. Tausende und aber Tausende von Frauen und Mädchen drängen sich zur Heimarbeit. Sind die Männer arbeitslos, dann suchen die Frauen noch nebenbei etwas zu verdienen. Teilweise wird von arbeitslosen Männern und Frauen heimlich Heimarbeit verrichtet, um zu der mageren Unterstützung noch ein paar Groschen zu erlangen.

Was dieses Ueberangebot von Arbeitskräften für die Löhne der organisierten Heimarbeiter bedeutet, liegt auf der Hand. Die ungeheurer große Konkurrenz der in Heimarbeit beschäftigten unorganisierten Arbeitskräfte, die sich bei dem Nebenverdienst mit geringem Entgelt begnügen, ruiniert die Löhne der regulären Heimarbeiter in Grund und Boden. Krawatten werden genäht, das Dugend für 35 Pf., Krawattenstreifen das Dugend für 30 Pf., Kleider das Stück 60 Pf.! Weber die unorganisierten und noch viel weniger die heimlichen Heimarbeiter wagen es, gegen diese Elendslöhne zu rebellieren. Riskieren sie es, dann gibt es keine Arbeit mehr.

Die maßgebenden Stellen sollten sich einmal die Mühe nehmen und etwas tiefer in die Heimarbeiterverhältnisse, die zurzeit durch die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit enorm verschlechtert worden sind, hineinzusehen. Ein Meer von Elend und Ausbeutung im Verborgenen! Unter den unorganisierten Heimarbeiterinnen, die Schmutzkonkurrenz betreiben, sind leider auch viele Töchter und Frauen organisierter Arbeiter. Schlimm, daß viele organisierte Arbeiter, die für sich selber die Pflicht, zu einer gewerkschaftlichen Organisation zu gehören, anerkennen, nichts für den Organisationsgedanken in der eigenen Familie tun. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, wird man sich von einem Appell an den Solidaritätsgedanken gerade dort, wo die Not zwingt, keine Arbeitsgelegenheit vorübergehen zu lassen, nicht viel versprechen können. Es wäre deshalb an der Zeit, daß sich einmal der Reichstag mit der bedeutenden Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Heimarbeit befaßt.

Gehupft wie gesprungen.

„Dinta“ und Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ hielt vor kurzem eine Konferenz im Kaiserin-Friedrich-Haus am Luisenplatz ab. Als Tagungsthema waren „Grundlagen und Aufgaben der Physiologischen Arbeitseignungsprüfung“ und die „Grundlagen und Aufgaben der Anlernung“ angelehrt.

Ueber Arbeitspsychologie und Eignungsprüfung ist in letzter Zeit sehr viel geschrieben und gesprochen worden. Immer mehr gehen die Großbetriebe dazu über, dieses Verfahren für sich nutzbar zu machen. Auch die Einrichtung von Lehrlingswerkstätten und besonderen Anlernwerkstätten für die sogenannten ungelerten Arbeiter nehmen von Jahr zu Jahr an Zahl zu. Die Industrie beginnt zu begreifen, daß sie neue Methoden anwenden muß, wenn sie mitbewerbsfähig bleiben will. Grundföhrlich steht die Arbeiterschaft diesen Bestrebungen sympathisch gegenüber, solange sie lediglich technische, nicht aber wirtschaftspolitische Ziele verfolgt.

Bis vor kurzem traten alle diese Bestrebungen nur vereinzelt auf. Seit der Gründung des „Deutschen Instituts für technische Arbeitshilfe“ (Dinta) in Düsseldorf gewinnt man immer mehr den Eindruck der über ganz Deutschland sich erstreckenden Blamühigkeit, und man erkennt auch, daß die Ziele der Unternehmer weit über das rein Technische hinausgehen, daß sie bestritten sind, den

Kampf gegen die Organisationen der Arbeiterschaft

von jetzt an mit anderen, weniger auffälligen Mitteln zu führen. Sie bedienen sich hierbei gekaufter Wissenschaftler. Bemüht stellen sie alle Organisationen in den Dienst dieser Arbeiten. So erscheint es auch weiter nicht verwunderlich, wenn bei der Konferenz der „Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene“ zum Teil die gleichen Referenten mit den gleichen Themen zu finden waren wie auf der Gründungsversammlung der Dinta am 24. Mai 1925. Hier wie dort sind die Referate vorsichtig und geschickt abgefaßt.

Der besonders wirkungsvolle Schlussreferent, der Oberingenieur Arnold, der als Oberingenieur der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. in die Leitung des Dinta-Instituts eingetreten ist, sprach auf der Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene als Praktiker über die Grundlagen und Aufgaben der Anlernung. Der Kern seiner Ausführungen, der uns am meisten interessiert, ist, daß man bei der Jugend beginnen müsse, wenn man die Allen beeinflussen wolle.

Arnold hat bei seiner Gelsenkirchener Lehrlingswerkstätte begonnen. Die Lehrlinge müssen hier neben ihrer eigentlichen handwerksmäßigen Ausbildung Sport treiben, Turnen und Wandern. Der Lehrlings-Turn- und Spielverein ist der Deutschen Turnerschaft, der bekannten nationalitätlich eingestellten deutschen Spitzenorganisation, angeschlossen. Man will durch die Erziehung in der Werkstätte und Werkstätte sowie durch

Teineinflussung der Jugendorganisationen außerhalb des Dienstes

den Einfluss der Arbeiterorganisationen bemüht zurückdrängen. Man erachtet unter anderem auch für die Werkangehörigen Haus- und Angehörigen Belehrung empfangen durch Angehörige des Vaterländischen Frauenvereins.

Die beiden Organisationen Deutsche Turnerschaft und Vaterländischer Frauenverein kennzeichnen die letzten Bestrebungen der Unternehmerschaft, und es ist bedauerlich, daß die an sich begründeten Einrichtung von Lehrlingswerkstätten usw. durch diese Sonderbestrebungen der Unternehmer für die Arbeiterschaft einmüßig unangenehmen Beigehmaß erhalten.

Lohnbewegung der Schuhmacher.

In der vom Zentralverband der Schuhmacher zu Donnerstagabend nach Boeters Festfällen einberufenen öffentlichen Versammlung berichtete, nach einem Vortrag über „Weltliche Schule und weltliche Erziehung“, der Bevollmächtigte Hörg über die eingeleitete Lohnbewegung.

Seit etwa einem Jahr haben die in der deutschen Schuhindustrie Beschäftigten keine Lohnaufbesserung mehr erhalten. Der Zentralverband hat sich zur Kündigung des Reichstarifes zum 1. Dezember entschlossen, weil einmal seit dem letzten Tarifabschluss eine unbefriedigbare Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, zum anderen aber auch die Löhne in der Schuhindustrie an sich sehr niedrig sind. Nach der Erhebung des ADGB stehen unter den tariflichen Mindestlöhnen die der Schuhindustrie an drittleichter Stelle. Gefordert wird eine Erhöhung der Mindestlöhne von 70 auf 80 Pfennig und der übrigen Löhne im gleichen prozentualen Verhältnis.

Ob es der Organisation gelingen wird, diese Forderung voll durchzusetzen, bleibt abzuwarten. Es bestünde weit mehr Hoffnung auf Durchsetzung der Forderung, wenn das Organisationsverhältnis ein besseres wäre. Genau wie in Berlin gibt es auch im Reich eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeitern, die gern an den Erfolgen der Organisation teilnehmen, die sogar noch auf die Organisation, der sie nicht angehören, schimpfen, wenn sie nicht genügend herausgehoben konnte. Die Funktionäre und Mitglieder müssen besonders auf die Kleinbetriebe ihr Augenmerk richten, in denen das Organisationsverhältnis hauptsächlich im argen liegt. Hörg

Die drei Noaks.

Eine großstädtische Bettlerkomödie.

Daß auch die Bettler in Berlin ihre Berufsorganisationen haben, ist bekannt. Sie überwachen und verteilen die besten Stellen. Außenstehenden ist es schwer, eine solche Stelle zu erlangen. Zuweilen aber gelingt es ihnen durch sorgfältige Beobachtungen dennoch. Die Stellen an der Untergrundbahn auf dem Potsdamer und dem Wittenbergplatz gehören zu den gesuchtesten. Jede soll etwa 15 M. Durchschnittsverdienst pro Tag einbringen.

Diese beiden Posten hatte nun ein 43 Jahre alter Berufsbettler Fritz Noak eines Tages frei gefunden und rasch „beschnappt“. Weil er sie nicht selbst alle beide ausnutzen konnte, so hatte er sich Hilfe gesucht. Kürzlich wurde nun auf dem Potsdamer Platz der Stelleninhaber wegen Bettelns angehalten und bestraft. Er wies sich mit Papieren auf den Namen Fritz Noak aus, der in Berlin eine feste Wohnung hat. Bald darauf hielten andere Beamten auf dem Wittenbergplatz den dortigen Posten an und brachten ihn ebenfalls nach dem Polizeipräsidium. Auch er hatte Papiere auf Fritz Noak mit dem gleichen Geburtsdatum und der gleichen Wohnung. Als die Beamten vom Potsdamer Platz diesen zweiten Noak sahen, fiel ihnen sofort auf, daß er ganz anders ausah als der erste. Zu gleicher Zeit aber stellten sie fest, daß ein dritter Fritz Noak wieder mit den gleichen Papieren wegen Bettelns 14 Tage Gefängnis verbüßte. Sie holten diesen aus der Strafanstalt heran, und nun ergab sich, daß er in Wirklichkeit ein Hans Frobör ist, der aus dem Arbeitshaus Rummelsburg, in dem er noch zwei Jahre zuzubringen hat, entwichen war. Der zweite Noak wurde als der richtige festgestellt. Der erste hatte unterdessen seine 8 Tage verbüßt und ist verschwunden. Er hat wohl von dem Mißgeschick seiner Berufskollegen und Namensgenossen erfahren und es nicht mehr gewagt, einen der beiden Posten wieder zu beziehen. Seine Name steht noch nicht fest. Ohne Zweifel aber ist er ein Mann, der ebenso wie Frobör noch etwas auf dem Kerbholz hat, denn nur solche Leute konnte der richtige Noak gebrauchen. Er mußte seine Helfer mit irgendeiner Straftat, die ihm bekannt war, in der Hand haben, damit sie sich nicht selbständig machten. Mit zwei Mann verwaltete dieses Unternehmen der Bettler die beiden Posten in regelmäßigen Arbeitsschichten. Zwei waren immer im Dienst, während der dritte Ruhe hatte. — Nur der Umstand, daß heute ungezählte keine Arbeit und kein Brot haben, ermöglicht das Aufkommen eines Berufsbettlertums, das sein Unwesen auf Kosten der Vermissten der Armen treibt. Nur die grundsätzliche Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird den Bettler verschwinden lassen und Komödien verhindern, wie eine hier geschildert wurde.

Gegen das Todesurteil für Leiferde.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat an den preussischen Justizminister folgende Entschliessung in der Leiferder Angelegenheit übermittelt:

„Die Deutsche Liga für Menschenrechte G. B. fordert die Aufhebung des Todesurteils gegen die jugendlichen Missetäter von Leiferde, weil größere Schuld und Verantwortung für die Untat die Gesellschaft trägt, die die jungen Menschen arbeitslos auf die Straße schiebt und ihnen die letzten Hemmungen nahm. Die Richter glauben, die Rechnung lösen zu müssen: Auge um Auge und nahmen zwei Menschen das Leben, weil jeder einzelne dieser beiden Schuld trägt für 10 Opfer und sie wählten sich selber und die Gesellschaft zu schützen, wenn sie diese beiden jungen Menschen „unschädlich“ machten und andere vor gleichem Tun zurückschreckten. Die Deutsche Liga für Menschenrechte lehnt Rache und Vergeltung an den Schulden oder Abschreckung als Strafzweck ab und fordert ein Urteil, das von jugendpsychologischem und soziologischem Verständnis getragen ist.“

Um das Freibad Engelbecken!

Der Verband für Volksgesundheit veranstaltete gestern abend in der Schulaula Pfandstraße eine Protestkundgebung gegen den Beschluß des Magistrats, kein Freibad am Engelbecken zu errichten. Bürgermeister Genosse Schneider hatte durch dienstliche Behinderung fernbleiben müssen. Das war dem nächsten Redner, Stadtrat Dr. Hodann, ein Anlaß, von „Anseiner“ zu reden und auch der Reichstagsabgeordneten Genossin Stagemann dasselbe nachzusagen. Herr Hodann war dann weiter so geschmackvoll, die Sozialdemokratie, insbesondere den Ministerpräsidenten Genossen Braun und den Innenminister Genossen Grzesinski, für das Scheitern des Projektes verantwortlich zu machen. Im gleichen Atemzuge meinte er, daß diese Versammlung zwar nichts an den Dingen ändern könne; es handelt sich jetzt nicht mehr um das Projekt des Engelbeckens, sondern um die grundsätzliche Frage der Radikalisierung überhaupt. Nach diesen rhetorischen Leistungen hatte es die kommunistische Stadtverordnete Frau Hoffmann-Gwinner leicht, in dieselbe Kerbe zu hauen und für Ruhland Propaganda zu machen. Nach ihr kann es ruhig Kirchen geben, aber die müssen so ausgebaut sein wie in Ruhland. Rom und Moskau bereiten sich zum Endkampf vor. Es muß anerkannt werden, daß die Versammlungsleitung sich gegen den pole-

mischen Ton der Referenten wandte und immer wieder den unpolitischen Charakter der Veranstaltung betonte. Zum Schluß wurden zwei Resolutionen angenommen und eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, die mit der sozialdemokratischen Fraktion Rücksprache nehmen soll.

Der Racheakt in der „Bewag“.

Weitere Vernehmung des Täters.

Zu der Bluttat in den Büroräumen der „Bewag“ am Schiffbauerdamm wird mitgeteilt, daß der Bureaudienster Lemm, der den Personalchef Kehler erschoss, im Laufe der Nacht von Kriminalkommissar Nebe eingehend verhört wurde. Er ist jetzt sehr niedergeschlagen und bedauert seine Tat. Er bekennt die Absicht gehabt zu haben, den Personalchef oder sonst jemanden zu töten. Er behauptet vielmehr, daß er die Pistole nur mitgenommen habe, um durch eine Drohung mit ihr die Zurücknahme der Kündigung und der fristlosen Entlassung zu erzwingen. Für den Fall, daß er das nicht erreichen sollte, habe er auch daran gedacht, sich selbst zu erschießen. Erst in dem Augenblick, als er Künzmann und Kehler zu Gesicht bekommen habe, habe ihn die Wut gepackt. Lemm wird heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Stroßenbahnunfälle. Zu einem schweren Straßenbahnunfall kam es heute morgen gegen 4 1/2 Uhr in der Wilmersdorfer Straße Ecke Stuttgarter Platz. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 62 E. mit zwei Anhängern auf einen Triebwagen der Linie 3 mit voller Wucht auf. Die Plattformen beider Straßenbahnwagen wurden völlig eingedrückt. Zahlreiche Scheiben gingen in Trümmer. Die Führer beider Straßenbahnwagen zogen sich Verletzungen zu. Da die Wagen mit Fahrgästen nicht besetzt waren, kam glücklicherweise niemand zu Schaden. Zwei Jüge der Feuerwehr und ein Gerätemann der Straßenbahn nahmen die Aufräumarbeiten vor. Es entstand eine längere Verkehrsstörung. Die schwerbeschädigten Wagen mußten aus dem Verkehr gezogen und abgeschleppt werden. — In Zehlendorf ereignete sich heute morgen gegen 7 Uhr ein schwerer Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang. An der Ecke der Berliner und Charlottenburger Straße wurde beim Ueberfahren des Fahrdammes ein bisher noch unbekannter etwa 20jähriger junger Mann von einem Lastkraftwagen erfaßt und überfahren. Der Verunglückte wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde in die dortige Friedhofshalle überführt. Die Polizei ist noch mit der Ermittlung der Personalien des Unbekannten beschäftigt.

Totenbesuche des Reichsbanners. Am Totensonntag veranstaltete das Reichsbanner eine Reihe von Totenbesuchen, von denen wir folgende hervorheben: Der Kreisverein Berlin-Weidm. wird am Grabe des Schöpfers der Weimarer Verfassung, Dr. Hugo Preuß, eine Feier veranstalten und einen Kranz niederlegen. Der Kreisverein Berlin-Neußdän. veranstaltet Feiern an den Gemeindefriedhöfen von Neußdän und Weidm. In Zehlendorf findet gleichfalls eine Totenfeier statt. Der Kreisverein Berlin-Treptow wird auf dem Friedhof des Strematoriums Baumhulshewen, nachmittags von 2-3 Uhr, eine Feier veranstalten. Daneben werden aus anderen Berliner Kreisen sowie aus der Provinz eine größere Anzahl Feiern zur Totenfeier gemeldet.

Sport.

Beginn der Eislaufsaison im Sportpalast.

Der Sportpalast eröffnete gestern seine Eisarena mit einer internationalen eissportlichen Veranstaltung. Der große Innenraum, in dem noch vor kurzer Zeit Radrennen in wildem Tempo die Holzbahn umjagten, war wieder in eine spiegelblanke weiße Eisfläche verwandelt worden. Anlässlich der Eröffnung wartete der BSC. mit einem ebenso reichhaltigen wie guten Programm auf. Frau Ellen Brockhöft, Frä. Bödel, Herr Ritterberger, Herr Haertel u. a. zeigten ihre Meisterschaft auf dem Eise. Ein zu Beginn des Abends aufgeführter Reigen blieb wirkungslos. Den Höhepunkt des Programms bildete das Eishockeyspiel Paris-Berlin. Die BSC-Mannschaft hatte keinen geringeren als die ausgezeichnete Pariser Mannschaft des Sport d'Inver zum Gegner. Die Ueberlegenheit der Pariser zeigte sich von Anfang bis zu Ende des Spiels. Eine gute Abwehrreihe, eine vorzügliche Verteidigung und einen unüberwindlichen Torwächter. Mit 1:0 gingen die Gäste in Halbzeit. Aber auch im zweiten Teil des Spiels zeigten die Berliner nichts von ihrem Können. Paris lenkte die Scheibe noch zweimal in das Berliner Tor. Die Berliner Mannschaft, ohne rechte Kombination, wirkte zu schwach und konnte außer Johanson, der recht gute Durchbrüche unternahm, aber von seinen Klubkameraden nicht die notwendige Unterstützung erhielt, den Begnern kaum gefährlich werden. Mit 3:0 für Paris ertönte der Abpfiff. Im Schnelllauf über 15 Runden wurde Grund-BSC. in 5:27 überlegener Sieger. Als Zweiter ging der französische Schnellläufermeister Höfster durchs Ziel.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner Schwarz-Weiß-Gold. Genußabend. Leitung! Sämtliches Werbematerial ist bis Sonnabend nachmittags 3 Uhr im Clubraum abzugeben.

